



AŞITÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 7 • April / Mai 2002

Editorial

Newroz gilt den Kurden als nationaler Feiertag. Weder Repression noch andere Hindernisse bringen sie davon ab, das traditionsreiche Neujahresfest zu begehen, das auch von anderen Völkern des Mittleren Ostens gefeiert wird. In der Vergangenheit war es immer auch Anlass, der eigenen kulturellen und politischen Identität Ausdruck zu verleihen. Auch das diesjährige Newrozfest verlief in dieser Tradition. Allein in Diyarbakir, heimliche Hauptstadt der Kurden, begingen über 750.000 Menschen friedlich ihren Feiertag. Aber auch in anderen Städten war eine hohe Beteiligung zu verzeichnen. Nur in Mersin kam es zu heftigen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, die das dortige Verbot durchsetzen wollten. Auf beiden Seiten waren Tote und eine große Anzahl von Verletzten das traurige Fazit. Dies zeigt, dass Verbote und Verleugnung unweigerlich zur Konfrontation führen.

Die kurdischen Forderungen nach Anerkennung ihrer kulturellen Identität und Zuerkennung ihrer Menschenrechte werden vom türkischen Staat immer wieder als separatistische Untriebe diffamiert. Deren gewaltsame Unterdrückung sind jedoch das, was für eine Spaltung der Gesellschaft sorgt. Nach wie vor können sich die türkischen Eliten nicht von ihrem anachronistischen Denken aus dem letzten Jahrhundert lösen. Dieses versuchen sie auch immer wieder ihrem Gegenüber im Beitrittsprozess zur EU aufzuoktroieren.

Prinzipiell ist gegen einen "kritischen Dialog" mit der Türkei nichts einzuwenden. Die EU jedoch verhält sich hier all zu oft zu nachsichtig. Eine deutlichere Positionierung wäre dem Demokratisierungsprozess in der Türkei dienlich.

Diese Auffassung teilten in ihren Ansprachen auch die Abgeordneten, die am Empfang der Internationalen Initiative am 6. März im Europaparlament teilnahmen. Die Türkei müsse die Beitrittskriterien vollständig erfüllen, bevor eine Aufnahme in die EU in Betracht käme. Menschen- und Minderheitsrechte, die Abschaffung der Todesstrafe und ein demokratisches Rechtswesen dürfen nicht Gegenstand von Verhandlungen sein.

Die Türkei muss sich also ändern, sonst tritt unweigerlich das ein, was für sie zur institutionalisierten Phobie geworden ist: der Niedergang durch Zersplitterung. Nur der Ausgleich zwischen den Völkern auf dem Staatsgebiet der Türkei wird sie vor diesem Schicksal bewahren.

Weiterhin in dieser Ausgabe: Uri Avnery (Alternativer Friedensnobelpreis 2001), Sema Piskinsüt (ehem. Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im türkischen Parlament), Alexander Kauz, Jürgen Grässlin und andere.

Köln, im März 2002, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator -Cl, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Warum gerade Öcalan**

von John Tobisch-Haupt, Sprecher der Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Seite 4**"Profite über Leichen"**

Eine Analyse der deutschen Rüstungsexportpolitik am Beispiel der Türkei

von Jürgen Grässlin und Alexander Kauz

Seite 7**Am Ende müssen sie zusammenleben**

Die Türkei braucht einen demokratischen Umbau

Interview mit Uri Avnery

Seite 10**Die politische Krise in der Türkei**

Kaum ein Feld der Politik, auf dem es keine Probleme gibt - und Versagen der Politiker angesichts notwendiger Reformen

von Karin Leukefeld

Seite 12**Bis zu sieben Jahre Haft für Öcalan Anwälte**

Öcalan-Anwälte als Angeklagte vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul.

Impressum:

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus D. Buße, Klaus Becher, K. Happel, Stefan Leibold

V.i. S.d.P.: Klaus D. Buße

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden sind willkommen.

Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Warum gerade Öcalan?

Am Vorsitzenden der PKK scheiden sich die Geister

Von John Tobisch-Haupt, Sprecher der Internationalen Initiative

Dieser Frage begegne ich immer wieder in Gesprächen mit Vertretern aus Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, wenn ich die Ziele der Internationalen Initiative darlege. Die Frage erscheint nicht abwegig, wenn sie unter dem Aspekt des "Marketings" betrachtet wird. Jedoch entscheidet nicht nur das "Marketing" allein über das "Produkt". Auch wenn Politik in den postmodernen Mediengesellschaften immer mehr zum "Produkt" verkommt, sind die gesellschaftlichen Prozesse die ihr zugrunde liegen durchaus real. Am Namen Öcalan scheiden sich die Geister. Von einem Großteil der Kurden als nationale Führungspersonlichkeit verehrt, wird er in der westlichen Welt kaum als Sympathieträger wahrgenommen. Weder raucht er Pfeife und schreibt Gedichte, wie Marcos, der Führer der Zapatisten, noch umgibt ihn die Aura eines "Jesus mit der Knarre", wie einst die europäischen Intellektuellen Che Guevara sahen. Doch eines haben sie mit vielen anderen Führern von Befreiungsbewegungen gemeinsam. Sie sind Produkt ihrer Zeit, Produkt von ungelösten gesellschaftlichen Konflikten. Alle handelten und handeln im besten Glauben, die Interessen ihrer Völker angemessen zu vertreten. Das Ausmaß der Zustimmung, welche die jeweiligen Völker ihren Vertretern gewähren, entscheidet über die Legitimität dieses Anspruches. Dies mag in unseren hiesigen Breitengraden nicht als ausreichend erscheinen, wo die Volksvertreter durch Wahlen demokratisch legitimiert sind. Wie verhält sich das in



den Erdteilen, wo Bürgerkrieg, Hunger und finstere Diktaturen herrschen? Wie könnte dort ein Volk in freien Wahlen seine Vertreter bestimmen bzw. in die Wüste schicken? Außerordentliche Bedingungen erfordern außerordentliche Maßnahmen. Wenn die demokratische Artikulation verboten ist, wird sich ein anderer Weg finden, die eigenen Ansichten und Interessen kundzutun. Zustimmung zu einer politischen Kraft, der die demokratische Artikulation verwehrt ist, kann sich in verschiedenster Weise äußern. Im Falle von Abdullah Öcalan spricht die breite Unterstützung des Friedenskurses durch die Kurden für sich. Wie schon erwähnt, sorgt der Name Öcalan immer wieder für Irritationen. Zuviel Einseitiges wurde geschrieben oder gesagt als dass ein differenzierteres Bild dieser Persönlichkeit hätte entstehen können. Auch Arafat, Guzman und Nelson Mandela wurden in der Vergangenheit als Terroristen stigmatisiert. Heute sind sie anerkannte Staatsmänner, die

mehr oder weniger die Geschicke ihrer Völker leiten, demokratisch legitimiert und in aller Öffentlichkeit. Dieser Weg ist auch der erklärte Wille der Kurden. Es mag sein, dass in der Vergangenheit vieles rhetorisch anders dargestellt als es praktisch gehandhabt wurde

. Allzu oft wurde der PKK Janusköpfigkeit vorgeworfen. Doch die westliche politische und intellektuelle Gilde muss sich fragen lassen, ob dies ihrem Politikverständnis wirklich ganz fremd ist. Jedoch erscheint die altrömische Gottheit ein schlechter Vergleich zu sein. Der Blick in das Vergangene ist Voraussetzung für Klarheit des Morgens. Einer politischen Kraft, die sich aufgrund der weltweit veränderten Bedingungen gezwungen sieht, Veränderung in ihrer politischen Strategie vorzunehmen, kann dies nicht zum Vorwurf gemacht werden. Das Gegenteil ist der Fall. Ein solches Denken und Handeln entspringt dem Verantwortungsbewusstsein einer Kraft, die sich für die Interessen ihres Volkes einsetzt. In Zeiten der Dekolonialisierung mit dem Ziel anzutreten, ein unabhängiges Staateingebilde zu gründen, entsprach der herrschenden Logik der 60er und 70er Jahre. Eine andere Sache ist die Machbarkeit eines solchen Anliegens. Mit dem Niedergang der realsozialistischen Regimes wurden die Karten auf der Weltkarte neu gemischt. Deshalb lag für die Kurden der Schluss nahe, ihr Anliegen unter realistischen Gesichtspunkten neu zu überdenken. Das ändert jedoch nichts an der Berechtigung ihres Anliegens. Das Angebot, die kurdische Frage im Rahmen einer allgemeinen Demokratisierung der Staaten zu lösen, auf dessen Territorien traditionelles kurdisches Siedlungsgebiet Bestand hat, erscheint ebenso vielversprechend als auch realistisch. In wie weit sich das mit dem Wünschen mancher Puristen deckt ist eine andere Sache. Mit aller Sicherheit sollte jedoch einem ernstesten Anliegen, wie dem der Demokratisierung einer Organisation, die Konflikt-

partei ist, eine faire Chance eingeräumt werden. Dies gebietet allein schon die politische Vernunft. Ein anderes Thema ist, dass dem Friedensangebot der kurdischen Seite oft misstrauisch begegnet wird. Insbesondere dann, wenn es von Abdullah Öcalan kommt. Um vorhandene Konflikte lösen zu können, bedarf es des Willens zu einer Lösung. Ist dieser vorhanden, erscheinen alter ideologischer Ballast und liebgewonnene Vorurteile nur als störend. Unterstützung müssen alle diejenigen Bemühungen erfahren, die auf eine Lösung ausgerichtet sind, und zwar über sämtliche ideologische Grenzen hinweg. Voraussetzung ist jedoch ein neues Denken, das die Fähigkeit zum Wandel beinhaltet. Nicht nur die Kurden müssen sich verändern, auch alle anderen am türkisch-kurdischen Konflikt beteiligten Seiten. Dies betrifft jedoch nicht nur die regionalen Kräfte im Mittleren Osten. Auch das politische Denken in Europa steht noch allzu oft unter dem Eindruck der Bipolarität des Kalten Krieges. Ein solches Denken besitzt jedoch nicht mehr die Fähigkeit, die Komplexität der Problemstellungen unserer Zeit vollständig zu erfassen. Auch hier tut Wandel not.

Nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen des 11. September 2001 ist es eine Binsenweisheit, dass eine Vernachlässigung der vielfältigen Konfliktfelder dieser Erde schmerzhaft Folgen haben kann. Armut, gesellschaftliche Missstände und soziale Benachteiligung waren schon immer Nährboden zahlreicher Konflikte. Ein frühzeitiges Handeln der internationalen politischen Mechanismen, das Streben nach Ausgleich und präventiver Dialog sind unabdingbar, wenn dauerhaft die Perspektive von Stabilität und Sicherheit gewährleistet werden soll.

Die Entführung von Abdullah Öcalan war völkerrechtswidrig und ein Akt der Piraterie. Wenn auch die Gründung der Internationalen Initiative zunächst eine Reak-

tion auf dieses Ereignis war, so begreift sie sich dennoch in der Hauptsache als multinationale Friedensinitiative, die sich für eine zivile Lösung der kurdischen Frage und für ein friedliches Zusammenleben von Türken und Kurden einsetzt. Lobbying und dezidierte Öffentlichkeitsarbeit sind zentraler Bestandteil ihres Wirkens. Das heißt, dass sie alle Vorstöße in Richtung Frieden unterstützt; egal von welchem politischen Spektrum sie auch kommen.

Aber warum gerade Öcalan? Warum sich für eine Person einsetzen, die augenscheinlich vorbelastet ist? Was hat das Ganze mit dem Frieden in der Türkei zu tun?

Auch nach seiner Inhaftierung gilt Abdullah Öcalan für den Großteil der kurdischen Bevölkerung als unumstrittene Führungspersönlichkeit. So ist er im kurdischen Denken omnipräsent. Dies mag in den hiesigen Breitengraden allgemeines intellektuelles Unwohlsein hervorrufen. Jedoch dürfen spezifische historische Erfahrungen nicht verallgemeinert werden. Nach wie vor wird Geschichte von Menschen gemacht. Deshalb entspricht es auch einer gewissen Logik, wenn dieser Prozess von Menschen angeleitet wird, die in ihrem Denken ihrer Zeit voraus sind. Im Fall von Abdullah Öcalan haben die vergangenen drei Jahre nach seiner Verhaftung gezeigt, dass er eine wichtige Initialfunktion in der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes inne hat. Damit erscheint die Annahme realistisch, dass die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei eng mit dem weiteren Schicksal des Kurdenführers verbunden ist. Die Forderung nach Freilassung von Abdullah Öcalan mag zur Zeit wenig realistisch erscheinen. Ihre Erfüllung ist allenfalls im Zuge einer Lösung der kurdischen Frage in der Türkei denkbar. Gesunder politischer Realitätssinn jedoch mahnt die Aufrechterhaltung dieser Forderung an.

"Profit über Leichen"

Eine Analyse der deutschen Rüstungsexportpolitik, aufgezeigt am Beispiel der Türkei

von Jürgen Grässlin und Alexander Kauz

Vehement kritisierten die Oppositionsparteien SPD und GRÜNE in den 80er und 90er Jahren Waffenlieferungen in die Türkei. Mit dem Amtsantritt der Rot-Grünen Bundesregierung verbanden 1998 viele die Hoffnung, dass Rüstungsexporte an das menschenrechtsverletzende türkische Militär zumindest so lange untersagt würden, bis sich die Menschenrechtslage in dem Land grundlegend gebessert habe. Die beiden bisher publizierten Rüstungsexportberichte der Bundesregierung und konkrete Fallbeispiele belegen, dass die Waffenexportpolitik in der Kontinuität der Vorgängerregierung steht. Die Regierung Gerhard Schröder setzt auf "Kontinuität" und wird dem selbst gesetzten Anspruch einer an den Menschenrechten orientierten Rüstungsexportpolitik keinesfalls gerecht.

1. Menschenrechte und politische Lage in der Türkei seit 1984

Im mehrheitlich von Kurden bewohnten "Südosten" (Türkisch-Kurdistan) tobte von August 1984 bis Dezember 1998 ein Bürgerkrieg zwischen türkischen "Sicherheitskräften" und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK.

In den eineinhalb Jahrzehnten wurden mehr als 3000 kurdische Dörfer zerstört. Nach Presseberichten starben 5555 Angehörige der Sicherheitskräfte,

23.938 PKK-Kämpfer sowie 5302 Zivilisten. Tausende von Menschen wurden verletzt und verstümmelt.(1)

Mindestens drei Millionen Kurdinnen und Kurden wurden aus Ihrer angestammten Heimat vertrieben.

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) stellte fest, dass "sich beide Seiten Menschenrechtsverstöße schuldig gemacht haben." Dennoch muss bilanziert werden, dass die überwiegende Zahl schwerer Menschenrechtsverletzungen von türkischen Sicherheitskräften begangen worden ist.

Mit dem Vorwurf des Separatismus (im Sinne des Staates ist damit "Terrorismus" gemeint) wurden und werden kurdische Menschenrechtler, Gewerkschafter und Politiker schikaniert, inhaftiert, gefoltert und getötet.

Nach der von US-Geheimdiensten vorbereiteten und in Kenia erfolgten Gefangennahme Abdullah Öcalans beschloss die PKK wenige Monate später am 2. August 1999 ihren endgültigen Gewaltverzicht.

Dennoch wurde der Ausnahmezustand in Türkisch-Kurdistan - abgesehen von der Provinz -Van bis heute nicht aufgehoben. Die Regierung in Ankara setzt ihre Repressionspolitik gegen die Identität der Kurden mit polizeilichen und militärischen Mitteln fort. Im Vergleich zu den Vorjahren stieg die Zahl der Folterfälle 1999 sogar an.

Zu den Foltermethoden türkischer Sicherheitskräfte zählen beispielsweise das Aufhängen mit auf dem Rücken zusammengebundenen Handgelenken, Elektroschocks, Todesdrohungen und Vergewaltigung. Noch immer finden extralegale Hinrichtungen statt.(2)

2. Voraussetzungen für den EU-Beitrittskandidat

Trotz der bis heute in eklatantem Widerspruch zu europäischen Standards stehenden Menschenrechtslage, erhielt die Türkei im Dezember 1999 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Voraussetzung dafür ist die Einhaltung der Kopenhagen Kriterien.

In Folgeverhandlungen gelang der Türkei eine weitgehende Relativierung der für die Kurden zu verwirklichenden Rechte. Neun Monate später verkündete Günther Verheugen, EU-Kommissar für die Europäische Osterweiterung, die Kommission habe "alle Vorbehalte der Türkei über ethnische Gruppen akzeptiert.

Das Dokument spricht von keiner Minderheit in der Türkei. Es gibt keinen Passus der uns ernsthaft irritieren würde".(3) Damit berücksichtigte die EU vor allem türkische Interessen gegenüber denen der im Südosten wohnenden kurdischen Minderheitsbevölkerung.

3. Deutsche Rüstungsexportpolitik in die Türkei 1984 bis 1998

Waffenlieferungen an die Türkei haben eine langjährigen Tradition. Besonders folgenschwer war die Vergabe von Lizenzen im Handfeuerwaffenbereich. Auf der Basis deutscher Lizenzen fertigt das staatliche Rüstungsunternehmen Makina ve Kimya Endustrisi Kurumu (MKEK) bei Ankara seit 1967 das Schnellfeuergewehr G3 und seit 1983 die Maschinenpistole MP5 der Oberndorfer Waffenfirma.

Diese sind zu den Standardwaffen des türkischen Militärs und der türkischen Gendarmerie avanciert.(4)

Während ihrer 16-jährigen Amtszeit genehmigte die CDU/DSU-FDP Bundesregierung im Rahmen der sogenannten "NATO-Verteidigungshilfe" Rüstungstransfers und Dienstleistungen im Wert von über 2,5 Milliarden Euro an die türkische Armee.(5) Nach der deutsch-deutschen Vereinigung erhielt die Bundeswehr Überschusswaffen der Nationalen Volksarmee

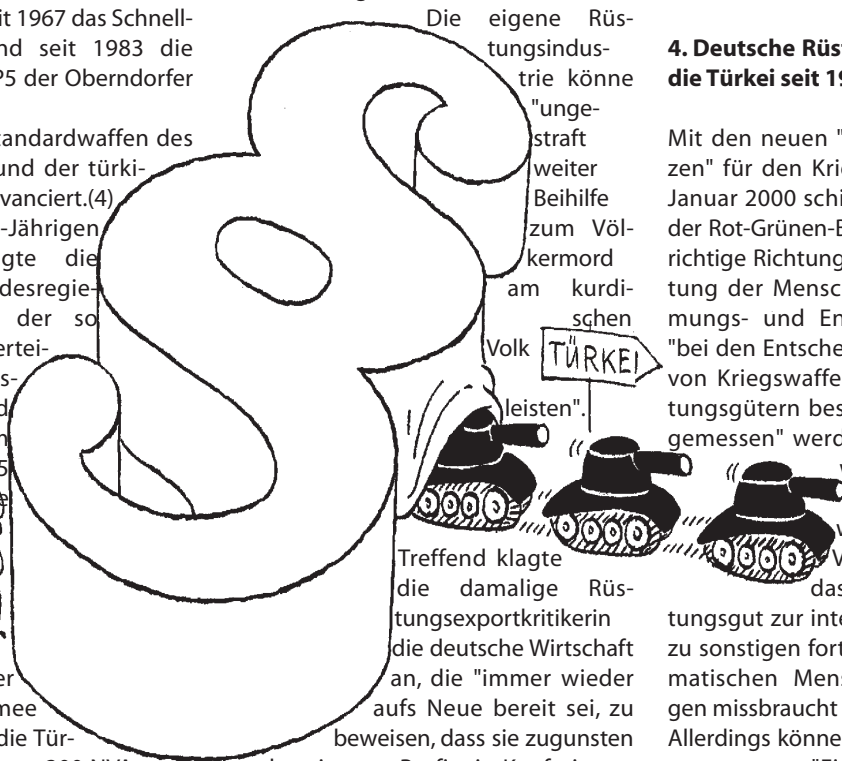
(NVA), die häufig an die Türkei geliefert wurden, u.a. 300 NVA-Schützenpanzer BTR 60, 256.125 Kalaschnikow-Sturmgewehre AK47 und 100 Millionen Schuss Munition.

Viele dieser Waffen wurden nachweislich im Bürgerkrieg der türkischen Armee gegen Kurdinnen und Kurden eingesetzt.(6)

Im Jahr 1993 stellten Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sowie DIE GRÜNEN und PDS Strafanzeige gegen deutsche staatliche Stellen und

Verantwortliche, insbesondere im Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungsministerium "wegen Unterstützung des Völkermords am kurdischen Volk".

Bei der Strafanzeige fand Angelika Beer, damals Mitglied im grünen Bundestagsvorstand und heute verteidigungspolitische Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion, treffende Worte: "Mitten in Europa herrscht Krieg, doch niemand sieht hin."



Die eigene Rüstungsindustrie könne

"ungestraft weiter Beihilfe zum Völkermord am kurdischen Volk leisten".

Treffend klagte die damalige Rüstungsexportkritikerin die deutsche Wirtschaft an, die "immer wieder aufs Neue bereit sei, zu beweisen, dass sie zugunsten des eigenen Profits in Kauf nimmt, über Leichen zu gehen".(7)

Unbeeindruckt von den Vorwürfen setzte die damalige Bundesregierung ihre Rüstungsexportpolitik an das menschenrechtsverletzende Militär in der Türkei noch fünf lange Jahre fort.

Eine der letzten Entscheidungen der Kohl-Regierung war die Lizenzvergabe für die Fertigung von rund 500.000 HK33-Gewehren bei MKEK, die das Schnellfeuergewehr G3 in den kom-

menden anderthalb Jahrzehnten völlig ersetzen wird.

Vor der Bundestagswahl 1998 marschierten Sozialdemokraten und Bündnisgrüne medienträchtig bei Friedensdemonstrationen in aller erster Reihe. Ein Grund ihres Wahlerfolgs war die Forderung: "Stoppt die Rüstungsexporte in die Türkei."

4. Deutsche Rüstungsexportpolitik in die Türkei seit 1998

Mit den neuen "Politischen Grundsätzen" für den Kriegswaffenexport vom Januar 2000 schien ein Schritt seitens der Rot-Grünen-Bundesregierung in die richtige Richtung vollzogen. Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibland sollte "bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen" werden. "Rüstungsexporte werden grundsätzlich nicht genehmigt, wenn der Verdacht besteht, dass das betreffende Rüstungsgut zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht wird."

Allerdings können Waffentransfers in so genannten "Einzelfällen" durchaus genehmigt werden, wenn "im Einzelfall besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen".(8)

Diese Widersprüche ermöglichen der Bundesregierung sowohl eine restriktive, als auch eine industriefreundliche Waffentransferpolitik - je nach Ausle-

gung der Politischen Grundsätze. Bereits der erste Rüstungsexportbericht 1999 ließ keine Zweifel aufkommen, welchen Kurs die neue Bundesregierung einschlagen sollte: Im Vergleich zu 1997 verdoppelte Rot-Grün die Rüstungsexporte, die Türkei lag mit deutlichem Abstand an erster Stelle der Empfängerländer.

Der Folgebericht 2000 zeigte im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 53 Prozent, was allerdings u.a. auf den Trick zurückzuführen ist, mehrjährige Beschaffungsprogramme erst in den Bericht für 2001 aufzunehmen, der erst nach der Bundestagswahl 2002 erscheinen wird.

Noch immer ist die Türkei mit einem Exportvolumen von 510,1 Millionen DM nach den USA zweitwichtigstes Empfängerland deutscher Kriegswaffen.(9)

5. Gewehre und Munition - Kontinuität zählt

Auf Grund der derzeitigen ökonomischen Krise sieht sich die Regierung in Ankara gezwungen, eine Vielzahl von Rüstungsprojekten zu stornieren. Obwohl die deutsche Bundesregierung einen Leopard-2-Testpanzer lieferte, muss die Türkei aus Kostengründen auf die Beschaffung der 1000 hochmodernen Leo-2 verzichten.

Derweil hat die Türkei mit der türkischen Waffenschmiede Aselsan einen Vertrag zur Modernisierung von Kampfpanzern des Typs 162 Leopard 1A1 and A1A4 unterzeichnet, die in Deutschland gefertigt und in den Vorjahren exportiert wurden. Quellen aus der Industrie zufolge sollen sich die Kosten auf rund 100 Millionen Dollar belaufen. Die Modernisierung umfasst vor allem die Modernisierung der Leopard-Feuerleitsysteme.(10)

Trotz der weiterhin desaströsen Menschenrechtssituation in der Türkei genehmigte der Bundessicherheitsrat am 20. Juli 2000 die Ausfuhr von Anlagen zur Herstellung von Gewehrmunition. Eine Entscheidung, die im Herbst 2001 endgültig bestätigt wurde. Quasi zur Entschuldigung führten SPD- und GRÜNEN-Politiker an, der im hessischen Geisenheim gelegene Systemführer Fritz Werner habe bereits 1997 von der Vorgängerregierung eine Voranfrage genehmigt erhalten.(11)

Endscheidunggrundlage des geheim tagenden Bundessicherheitsrats, in dem der Kanzler, Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungsminister sowie die Entwicklungshilfeministerin vertreten sind, kann keinesfalls die vertragliche Bindung seitens der Kohl-Regierung gewesen sein. Mit ihr waren lediglich Vorverträge geschlossen worden.

Zukünftig wird die türkische Armee mit HK33-Gewehren - genehmigt von der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung - und der passenden 5.56 mm-Munition von Fritz Werner - genehmigt von der SPD-GRÜNEN-Bundesregierung - ihre Repression in Türkisch-Kurdistan aufrecht erhalten können.

6. Abschließende Bewertung

Die Rot-Grüne Bundesregierung wird dem eigenen Ziel - "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" - nicht gerecht. Deutsche Rüstungsexporte an die Türkei orientieren sich nach wie vor an den geostrategischen Interessen an der "Südostflanke" der NATO, an militär- und wirtschaftspolitischen Interessen.

Der maßgebliche Unterschied der Rot-Grünen Rüstungsexportpolitik gegenüber der Vorgängerregierung besteht darin, dass dem Deutschen Bundestag nunmehr ein (in vielen Punkten noch

viel zu undurchsichtiger) Rüstungsexportbericht vorgelegt wird. Damit erfährt die kritische Öffentlichkeit im Nachhinein, welcher "Schurkenstaat" deutsche Waffen erhalten hat.

Mit der derzeitigen Fertigung von jährlich bis zu 30.000 HK33-Gewehren bei MKEK und der 2003 beginnenden Produktion der Fritz-Werner-Munition leistet die Bundesrepublik Deutschland erneut aktive Beihilfe zur Ermordung von Kurdinnen und Kurden.

In den Entscheidungsgremien votieren GRÜNEN-Politikerinnen und -Politiker zuweilen gegen Rüstungsexporte in Türkei, akzeptieren jedoch widerspruchslos, wenn sie überstimmt werden. So können die Geschäftsführer der Rüstungsindustrie zugunsten des eigenen Profits weiterhin "über Leichen" gehen.

Quellenangaben

- (1) Cumhuriyet vom 28.12.1998; zitiert nach Nadire Mater
- (2) amnesty international Jahresbericht 2000, Frankfurt 2000, S. 533
- (3) Neue Luzerner Zeitung vom 18.11.2000
- (4) Grässlin, Jürgen: "Den Tod bringen Waffen aus Deutschland", München 1994, S. 263
- (5) ebda. S. 266
- (6) Kauz, Alexander: "Krieg in Kurdistan", Tübingen 1995, S. 121
- (7) Stellungnahme Angelika Beer bei der Pressekonferenz vom 26. Februar 1993 zur "Strafanzeige wegen Beihilfe zum Völkermord". Die Strafanzeige vom 14.01.1993 wurde von Jürgen Grässlin (RIB e.V.), Holger

Rothbauer (Dachverband kritischer AktionärInnen), Hans Branscheid (medico international), Ulla Jelpke (PDS), Christine Urban (BUKO), verschiedenen kritischen Rechtsanwaltsverbänden u.a. unterstützt.

(8) Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Presseerklärung vom 21.11.2001

(9) Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2000, Wichtigste Bestimmungen, S. 10

(10) Meldung der Middle East Newline - "Turkey Signs Leopard Tank Upgrade Contract" Januar 2002

(11) Antwort der Bundesregierung (14/4364) auf eine kleine Anfrage der PDS-Fraktion (14/4042)

Alexander Kauz

war Mitglied im Vorstand des Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg (RIB e.V.) und veröffentlichte 1995 sein Buch "Krieg in Kurdistan". Im Auftrag von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen bereiste er in den vergangenen Jahren mehrfach die Türkei.

Jürgen Grässlin

ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Mitglied im RIB-Vorstand. Als Buchautor veröffentlichte er zuletzt die Biografien "Jürgen E. Schrempp. Der Herr der Sterne" und "Ferdinand Piëch. Techniker der Macht". Sein neues Buch über die Opfer deutscher Rüstungsexporte erscheint im Frühjahr 2003.

Am Ende müssen sie zusammenleben

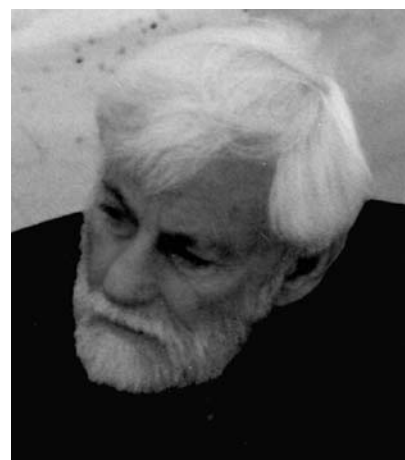
Uri Avnery, Aktivist der israelischen Friedensbewegung und Träger des alternativen Friedensnobelpreises im Gespräch mit Asiri

Nachdem die Guerilla sich weitgehend aus der Türkei zurückgezogen hat, und nachdem die PKK den Kampf nun allein mit politischen Mittel fortsetzen will, welche Möglichkeiten sehen Sie, zu einem echten Dialog zu kommen, insbesondere, da die türkische Regierung sich ja weiterhin sperrt, in Gespräche mit den Kurden einzutreten?

Ich glaube man muss die Öffentlichkeit von unten, man muss die Basis mobilisieren, sowohl in der Türkei als auch in Europa. Auf die türkische Regierung muss von innen und außen Druck ausgeübt werden.

Wir sprechen allerdings hier von einer Regierung, die selbst jeden Dialog vermeidet und mit großen Repressionen auf die Versuche der Kurden reagiert, Fortschritte zu machen im Hinblick auf Menschenrechte oder auf kulturelle Rechte, wenn wir nur einmal die gegenwärtige Kampagne für ein Recht auf Unterricht in der Muttersprache betrachten. Wie kann man versuchen, mit dieser Dialogverweigerung umzugehen?

Ich glaube meine Antwort wird dieselbe sein, es braucht Druck von innen und von außen. Von außen kann man sehr viel Druck ausüben, denn die Türkei will ja bekanntlich der Europäischen Union beitreten und darum wird jeder Druck von außen, der sich für Menschenrechte und für nationale Rechte in der Türkei



Uri Avnery

einsetzt, wird Auswirkungen auf die Regierung in Ankara haben. Die Türkei will wirklich nach Europa, ich glaube sie ist sehr empfindlich für Kritik besonders in Europa, und darum muss alles versucht werden, um so eine Kritik auf die Beine zu bringen.

Ich glaube, dafür muss man aber auch die Europäer überzeugen, damit sie erstens erfahren, was die Lage in der Türkei wirklich ist, und zweitens, dass die Kurden in der Türkei eine friedliche Lösung wollen, die für vernünftige Leute in der Türkei annehmbar ist. Ich glaube man muss sich Gedanken machen, wie das genau aussehen soll, was man will, ich weiß nicht, ob die kurdische Gemeinschaft in der Türkei schon ein klares politisches Programm aufgestellt hat, eine Skizze des Systems, dass sie in der Türkei

einführen möchte, wenn nicht, dann glaube ich, dass es sehr wichtig ist, das zu tun und ein klares Programm für eine neue Türkei aufzustellen. Ich glaube, dass die Türkei - ich spreche hier natürlich als Außenseiter, der kein Fachmann für die Türkei ist - an ein nationales Modell gebunden ist, das zur Vergangenheit gehört.

Kemal Atatürk, den wir als junge Menschen sehr bewundert haben, war eine Mann vom Anfang des 20. Jahrhunderts, er hatte ein Modell für einen Nationalstaat, wie er am Anfang des 20. Jahrhunderts gang und gäbe war, und er hat eine Revolution gemacht, um dieses Modell in der Türkei einzuführen, aber das war am Anfang des 20. Jahrhunderts und jetzt sind wir am Anfang des 21. Jahrhunderts und in allen Nationalstaaten der Welt ist ein Vorgang im Vollzug, der das Modell des Nationalstaates verändert.

Alle Staaten in der Welt, jedenfalls in der modernen und demokratischen Welt, so glaube ich, sind in einem Prozess des Umschwungs.

Die Deutschen z. B., die für Jahrhunderte ein Modell hatten, dass das deutsche Volk, ein ethnischer Begriff, seinen eigenen Staat haben soll, d.h. einen deutschen Nationalstaat, der nur für ethnische Deutsche da ist, ich glaube Deutschland, viele Leute in Deutschland sehen heute ein, dass dieses Konzept veraltet ist, dass heute Deutschland viele Menschen einbürgern muss, die eine andere Abstammung haben, die keine ethnischen Deutschen sind, die einer anderen Kultur entstammen usw.

Das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, ein multi-ethnisches, multi-kulturelles Modell, wird sich langsam überall durchsetzen und ich glaube, es geht darum, dass der türkische Staat sich im selben Sinne verändert aus einem ethnozentrischen türkischen Staat, der im Grunde nur ethnische Türken und kultu-

relle Türken kennt, muss er sich umbilden in einen Staat, in dem es zwei große Völker gibt mit zwei verschiedenen Kulturen, die absolut in einem Staat zusammenleben können, wenn der Staat darauf eingerichtet ist, dass seine Bürger verschiedenen ethnischen und kulturellen Gemeinschaften angehören. Wir haben das selbe Problem in Israel, wir haben, wie Sie wissen in Israel 20 Prozent palästinensische Bürger, ich meine hier Israel selbst und nicht die besetzten Gebiete, und wir haben ein Problem, dass nämlich die jüdische Gemeinschaft in Israel dasselbe ethnozentrische Ideal hat, nämlich dass der Staat nur den Juden gehört und dass Nichtjuden in diesem Staat keine richtigen vollwertigen Staatsbürger werden können.

Dieses Problem haben Sie vermutlich in vielen Staaten in der Welt und alle diese Staaten müssen sich umbilden, um einer modernen Gesellschaft zu entsprechen.

Wir haben nun aber im Hinblick auf die kurdische Problematik auch noch das Problem, dass Abdullah Öcalan auf Imrali im Gefängnis sitzt und derzeit sich sein Verfahren mit einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte fortsetzt. Auch mit diesem Problem muss ja in irgendeiner Form verfahren werden. Inzwischen hat das Staatssicherheitsgericht in Istanbul gegen die Anwälte von Öcalan Anklage erhoben. Ihnen drohen nun bis zu sieben Jahren Gefängnis.

Das ist natürlich Teil einer repressiven Politik, die mit diesem Wesen des türkischen Nationalstaates zusammenhängt und die man nur verurteilen kann, nicht nur aus Gründen, die mit den Menschenrechten zu tun haben und nicht nur aus moralischen Gründen, sondern weil es im Grunde eine dumme Politik ist, dumm für das türkische Volk und für den türkischen Staat.

Am Ende müssen die Türken mit den Kurden zusammenleben. Wenn das nicht gelingt, wird die Existenz des türkischen Staates bedroht sein, denn man darf ja nicht nur an dieses und das nächste Jahr denken, man muss auch überlegen, was in zwanzig oder fünfzig Jahren passieren kann. Wenn der türkische Staat das kurdische Volk nicht als gleichberechtigt im Staat akzeptieren kann, dann wird früher oder später der türkische Staat auseinanderbrechen. Und ich glaube jeder vernünftige Türke muss das einsehen, das es im Interesse des türkischen Staates ist, diesen rechtzeitig so umzubilden, dass er einer türkischen Mehrheit und einer kurdischen Minderheit das Zusammenleben im gemeinsamen Staate ermöglicht.

Die Inhaftierung von Öcalan und die Art, wie Öcalan behandelt wird, ist meiner Ansicht nach gegen das wirkliche Interesse des türkischen Staates gerichtet. Wenn ich Präsident der Türkei wäre und an die Zukunft der Türkei dächte, wäre das erste, was ich täte, Öcalan aus der Haft zu entlassen und in einen Dialog mit ihm zu kommen.

Wenn wir davon sprechen, dass die Türkei in ihrer Existenz bedroht sein könnte, dann sieht die türkische Regierung das u.a. auch darin begründet, das ja nicht nur in der Türkei Kurden leben sondern auch in Syrien, Iran und Irak und da spielt insbesondere der Irak eine große Rolle hinsichtlich der Bedrohung für die Türkei, zumal die gegenwärtige Antiterrorkampagne der USA die Möglichkeit eines Krieges im Irak jetzt immer wahrscheinlicher werden lässt.

Das wäre eine weitere Bedrohung der Türkei, denn wenn die Amerikaner Krieg gegen den Irak führen, besteht die Gefahr, dass der Irak auseinander bricht

und zwar in drei verschiedene Staaten, einen schiitisch-moslemischen Staat im Süden, einen sunnitisch-arabischen Staat in der Mitte und einen kurdischen Staat im Norden.

Ein solcher kurdischer Staat hätte natürlich eine bestimmte Ausstrahlung auf die Kurden in der Türkei, im Iran und in Syrien. Die Türkei hat daher wenig Interesse daran, dass es einen Krieg gegen den Irak gibt und bemüht sich doch auf Amerika einzuwirken, solch einen Krieg zu vermeiden. Dieselbe Angst haben auch die Araber. Die sunnitischen Araber im ganzen Nahen Osten befürchten, dass der Irak auseinander brechen könnte und dass dann im Süden ein schiitischer Staat entstünde, der ein Klientstaat des Iran wäre und so daß der Puffer zwischen der arabischen Welt und dem Iran zerstört wäre.

Die Amerikaner scheinen jedoch in einer Stimmung zu sein, wo sie überhaupt auf niemanden Rücksicht nehmen und alles auf eigene Faust entscheiden und tun, und darum ist diese Gefahr real.

Wir sind ja derzeit offensichtlich damit konfrontiert, dass die USA ihre Kampagne wirklich in dieser Richtung fortsetzen wollen, was die türkische Regierung um jeden Preis zu verhindern sucht.

Natürlich und das ist auch vollkommen klar. Die Frage der kurdischen Einheit existiert ja.

Das kurdische Problem ist auf seine Art vielleicht das tragischste Problem in der Welt, weil das kurdische Volk eben auf so viele Staaten aufgeteilt ist und, soweit ich das beurteilen kann, auch sehr große Zwistigkeiten zwischen verschiedenen Teilen des kurdischen Volkes bestehen und darum seine Stimme nicht so klar zu hören ist, wie es anderenfalls sein könnte.

Ich glaube, zwischen den Kurden in der Türkei und den Kurden im Irak z. B. ist es

sehr schwierig, ein gemeinsames Programm für den Nahen Osten zu entwerfen. Trotzdem denke ich, dass alle Beteiligten ein Interesse haben, einen Krieg zwischen Amerika und dem Irak zu vermeiden.

Hoffen wir also, das sich dieser Krieg vermeiden lässt. -

Ein Wort noch zu den türkisch-israelischen Beziehungen, die sich ja besonders auf militärischem Gebiet in den letzten Jahren immer weiter intensiviert haben.

Diese türkisch-israelische Zusammenarbeit besteht schon seit mindestens fünfzig Jahren. Sie war viele Jahre geheim und beruht auf der Vorstellung, dass alle Araber Feinde Israels sind, und dass die Feinde meiner Feinde meine Freunde sind und dass daher eine Zusammenarbeit zwischen Israel und der Türkei sinnvoll sei, so wie früher auch zwischen Israel und dem Iran aus den selben Gründen. Ich verurteile das, nicht weil ich gegen freundschaftliche Beziehungen zwischen Israel und der Türkei bin, sondern weil ich gegen freundschaftlich Beziehungen bin, die sich darauf gründen, dass die arabischen Länder unsere Feinde sind.

Meine Freunde und ich in der israelischen Friedensbewegung wollen einen Frieden zwischen Israel und der ganzen arabischen Welt. Wir begrüßen den Vorschlag von Kronprinz Abdallah aus Saudi-Arabien, der ja vorschlägt, dass die ganze arabische Welt mit Israel Frieden schließt und die Beziehungen zu Israel normalisiert.

Ich glaube, das ist der Weg der Zukunft, und dann kann die Freundschaft zwischen Israel und der Türkei eine normale Freundschaft zwischen zwei Staaten sei, die auf Gemeinsamkeiten aufbaut und nicht eine Freundschaft, die gegen jemanden gerichtet ist, gegen die Araber und gegen die Kurden.

Vielen Dank, Herr Avnery, für dieses Gespräch.

(Das Gespräch führte Klaus Happel)

Uri Avnery kämpfte von 1938 bis 1948 für einen jüdischen Staat in Palästina und wurde zweimal verwundet. Seit 1948 setzte er sich für einen palästinensischen Staat neben Israel ein. 1974 war er der erste Israeli, der Kontakt mit der Führung der PLO aufnahm. 1982 überquerte er die Linien im belagerten Beirut und traf sich als erster Israeli mit Jassir Arafat.

Uri Avnery war Abgeordneter der Knesseth, friedenspolitischer Berater verschiedener Regierungspolitiker (u. a. auch von Bruno Kreisky).

Heute ist er prominenter Aktivist der israelischen Friedensbewegung, Publizist und Journalist in Tel Aviv.

Für seine Arbeit wurde er mehrfach ausgezeichnet.

1995 Erich-Maria-Remarque Friedenspreis

1997 Aachener Friedenspreis; Kreisky-Preis für Menschenrechte

1998 Niedersächsischer Preis für Menschenrechte

2001 Alternativer Friedensnobelpreis

www.freedom-for-ocalan.com/asiti

Asiti im Internet

www.freedom-for-ocalan.com/asiti

Die politische Krise in der Türkei

von Karin Leukefeld

Es gibt kaum ein Problem, mit dem sich die türkischen Politiker innen- wie außenpolitisch nicht zu befassen hätten: Arbeitslosigkeit, Inflation, Konflikte mit der Europäischen Union, ein bevorstehender Krieg, 10000 politische Gefangene, Millionen von Binnenflüchtlingen und Flüchtlingen aus anderen Teilen der Erde, die Zypernfrage ...

Mit der Fülle der Probleme scheinen die Politiker nicht nur überfordert, sie sind es. Ihnen fehlen Ideen und Phantasie, sie halten fest an Unzeitgemäßem. Sie sind nicht nur Opfer einer starren Staatsstruktur, die neuen Ideen keinen Raum lässt sondern auch einer nationalistischen Ideologie, die auf die meisten aktuellen Probleme keine Antwort geben kann, dem Kemalismus. Wie beliebig diese Ideologie geworden ist, zeigt sich daran, wer sich alles auf sie beruft. Vom Militär über die Sozialdemokraten, von den Ultrarechten bis hin zu Sozialisten. Politische Dynamik geht heute von Kräften aus, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Einerseits die kurdische Demokratiebewegung, die HADEP und andererseits findet man selbst beim Militär und dem Industriellenverband TÜSIAD mehr Mut zum Neuen, als bei den Regierungsparteien. Die Intellektuellen und übrigen Linksparteien sind weitgehend verstummt oder marginalisiert. Die Politiker merken durchaus, dass etwas nicht stimmt. Entsprechend gereizt reagieren sie auf Ratschläge. Vor allem wenn sie aus der Europäischen Union kommen, gehen

die Wogen hoch.

Ein schwieriges Verhältnis

Die Türkei will in die EU. Dafür ist es erforderlich, die "Kopenhagener Kriterien" zu erfüllen. Dazu gehört, allen Minderheiten in der Türkei ihre legalen Rechte zu gewähren. Teile der politischen Klasse wittern dahinter "böse Kräfte" von außen, die das Land spalten wollten. Es fehlt die Einsicht, dass die Gewährung von mehr Freiheiten keineswegs eine Nation vierteilen muss. Doch je länger die politische Klasse sich Veränderung verweigert, desto unglaublicher wird sie.

Die Militärs beweisen da mehr Weitblick und setzen bestimmten Forderungen weniger Widerstand entgegen. Sie agieren wie eine politische Partei, was in Brüssel gern übersehen wird. Dort scheint man froh zu sein, wenigstens in Armeekreisen Gehör zu finden. Ohne im Parlament zu sitzen stellt die Armee, nicht zuletzt über die Institution des Nationalen Sicherheitsrates, den stärksten politischen Faktor in der Türkei.

Die "Kurdische Frage" bringt die Krise auf den Punkt

Zwar steht der Termin für Neuwahlen noch nicht fest, doch weder ANAP noch die MHP, beide in der Regierungskoalition, würden laut Umfragen die erforderliche 10%-Hürde überklettern kön-

nen. Gefundenes Fressen für politische Gegner.

Die Logik, mit der diese argumentieren, zeigt sich beispielhaft an einer Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei des Rechten Weges (DYP), Hasan Ekinci. Die DYP, derzeit in der Opposition, bietet Regierungschef Bülent Ecevit (DSP) Unterstützung für eine Interimsregierung an, falls das erforderlich sein sollte, kündigte er an. MHP und ANAP seien aus dem Rennen bei den Wählern. Die ANAP, von westlichen Medien meist als "liberal" bezeichnet, deren Vorsitzender Mesut Yilmaz auch EU-Beauftragter der Regierung ist, erwarte "Hilfe von der PKK und Öcalan", so die These von Ekinci. Das macht er daran fest, dass die EU einerseits die PKK nicht auf die Liste der "terroristischen Organisationen" gesetzt habe (was lt. Ekinci ein Versagen von Yilmaz ist) und sich Yilmaz andererseits, ganz im Sinne der EU übrigens, für die Aufhebung der Todesstrafe eingesetzt habe. Angeblich, so Ekinci, soll Yilmaz auch mit der HADEP über eine gemeinsame Liste zu den kommenden Wahlen verhandeln. Die ANAP dementierte das inzwischen.

Die "Kurdische Frage" bringt die Krise auf den Punkt. Streitet man über die Todesstrafe, geht es eigentlich um Abdullah Öcalan, streitet man über Demokratisierung, geht es um die immer stärker werdende kurdische Demokratiebewegung, allen voran um die HADEP. Und es geht um den zukünftigen Umgang mit der PKK. Die hat den

bewaffneten Kampf eingestellt und sich aus der Türkei zurück gezogen, doch ist sie nicht bereit, den politischen Kampf aufzugeben. Warum sollte sie auch? Es gibt Beispiele genug, wo sich ehemalige Guerillaorganisationen in politische Parteien transformierten. Südafrika ist nur ein Beispiel.

Die staatliche Verfolgung der HADEP als "verlängerter Arm der PKK" hat mehr mit Verfolgungswahn zu tun, als mit Staatsräson. Die alten Parteien haben schlicht Angst vor dem frischen Wind, den die kurdische Demokratiebewegung in ihre altmodischen Amtsstuben weht.

Zweifelsohne gibt es unter den Kurden Sympathien für die PKK, nicht umsonst wurde mit Parolen bei den Newrozfeiern die Freiheit von Abdullah Öcalan gefordert. Die PKK ihrerseits erhöhte den Druck auf die türkische Regierung mit der Ankündigung, umfassende Parteiformen auf ihrem 8. Parteikongress einzuleiten. Das höchste Parteigremium, der Präsidialrat, hat bereits Vorschläge dafür vorgelegt.

Die Krise als Chance begreifen

Die couragierte Abgeordnete Sema Piskinsüt, früher Mitglied der Regierungspartei DSP, begreift die Krise als Chance. Kürzlich gründete sie die "Toplumsal Demokrasi Partisi" (TDP). Als Vorsitzende der Menschenrechtskommission des Parlaments hatte sich Frau Piskinsüt durch ihren mutigen Einsatz gegen Folter und Misshandlung auf Polizeistationen und in Gefängnissen die Achtung der Menschenrechtler erworben. Innerhalb der politischen Klasse aber wurde sie geächtet und schließlich ihres Amtes enthoben.

Wie sie im Interview mit der Autorin deutlich machte, sieht Frau Piskinsüt das Hauptproblem in einem mangelhaften

Verständnis von Demokratie und Menschenrechten. Besonders davon betroffen seien die Frauen. Der türkische Staat müsse seine Organe von Grund auf neu strukturieren. Die Frauen sollten in Zukunft eine stärkere Rolle spielen, fordert Frau Piskinsüt, die auch Vorsitzende ihrer Partei ist. Frauen müssten nicht nur die gleichen Rechte, sondern auch die gleichen Chancen gewährt werden. Bessere Bildung müsse das Bewusstsein dahingehend ändern.

Ein Drittel der Gründungsmitglieder der TDP seien Frauen, so Frau Piskinsüt, der Vorstand sei zur Hälfte mit Frauen besetzt. Die neue Partei hat 3 Abgeordnete im Parlament, zwei von ihnen sind Frauen. Die TDP wolle vor allem eine Stimme der Linken in der Türkei sein, so Frau Piskinsüt. Das Parteiprogramm stellt die Menschenrechte, die Abschaffung der Folter, von Korruption und Gleichbehandlung in den Mittelpunkt. Außerdem gehe es nicht nur um Ankara, die TDP wolle "jedes Dorf in der Türkei" erreichen.

Was die TDP gerade beginnt, hat die wohl größte oppositionelle Partei in der Türkei, die Demokratiepartei des Volkes, HADEP, bereits erreicht. Zumindest in den kurdischen Gebieten der Türkei verfügt sie über eine satte Mehrheit. Das gegen sie laufende Verbotsverfahren ist nur ein weiterer Beleg für die Krise der herrschenden Politik. Schon die Vorgängerparteien der HADEP, die Arbeitspartei des Volkes (HEP) und die Demokratiepartei (DEP) wurden vom türkischen Verfassungsgericht verboten.

Doch der Bannstrahl der türkischen Verfassungshüter traf auch pro-islamische Parteien, wie die ehemalige Regierungspartei Refah Partisi und jede Menge linker Parteien. Während den pro-kurdischen Parteien regelmäßig Kontakte zu der verbotenen PKK vorgeworfen wurden und werden, gründen andere Ver-

bote auf dem Vorwurf, die Delinquenten verletzten den laizistischen Charakter der Türkischen Republik oder förderten den Separatismus. Mit deutlichen Worten schaltete sich jetzt das Europaparlament ein. Die HADEP dürfe auf keinen Fall verboten werden, hieß es. "Die Türkei könne nur die Vollmitgliedschaft in der EU erreichen, wenn sie die grundlegenden Menschenrechte respektiert."

Keine Alternative zur Erneuerung

Der Türkei bleibt eine politische Erneuerung genauso wenig erspart wie den anderen Staaten in der Region. Was immer von der ANAP und ihren Winkeln zu halten ist, eine Sache stimmt. Als Mesut Yilmaz ein halbes Jahr nach Eintritt in die Regierungskoalition, im Dezember 1999 in Diyarbakir den denkwürdigen Satz aussprach, "Der Weg in die Europäische Union führt über Diyarbakir", hatte er Recht. "Demokratie, Rechte und Freiheiten, ebenso wie Wohlstand stehen allen Menschen in der Türkei zu," sagte er damals. Die ANAP forderte kürzlich sogar die Freilassung der inhaftierten DEP-Abgeordneten, darunter auch Leyla Zana, aus humanitären Gründen. (Diese lehnten allerdings ab, sie würden einer Freilassung nur als Folge wirklicher demokratischer Veränderungen zustimmen)

Ob Yilmaz nur auf die Stimmen der kurdischen Basis aus ist oder es tatsächlich so meint, sei dahin gestellt. Die heftigen Reaktionen, die er quer durch die Parteien mit solchen Äußerungen auslöst, zeigen, dass die türkische Politik noch einen sehr langen Weg vor sich hat. Eine gleichberechtigte Beteiligung der kurdischen Demokratiebewegung würde den notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt in der Türkei mit Sicherheit beschleunigen.

Bis zu sieben Jahre Haft für Öcalan-Anwälte

Die Anwälte hatten Statements ihres Mandanten verbreitet. Dies führte nun zu einer Anklage wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul

Die Erinnerung an die unschönen Szenen am Kai der kleinen türkischen Hafenstadt Mudanya sind noch immer frisch. Dort versuchte im Mai 1999 ein durch türkische Medien aufgehetzter Mob die Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan nach ihrer Rückkehr vom Prozess auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer zu lynchen. Nur unter großen Schwierigkeiten konnten sie sich unter dem Schutz von bewaffneten Sicherheitskräften in Sicherheit bringen. Dieser Vorfall ist denn auch Gegenstand der Beschwerde von Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. In der Beschwerde wird unter anderem auch die Behinderung der Verteidigung aufgeführt. Nach diesem Vorfall, der in der internationalen Öffentlichkeit auf massiven Protest stieß, konnten die Anwälte von Abdullah Öcalan ihre anwaltliche Tätigkeit zunächst relativ ungestört von staatlicher Bevormundung ausüben. Dies scheint sich nun zu ändern.

Seit gestern stehen Aysel Tugluk, Mahmut Sakar and Irfan Dünder vor der 6. Kammer des Staatssicherheitsgerichtes in Istanbul unter Anklage. Ihnen droht eine Haftstrafe von sieben Jahren.

Schon vor einem Monat wurde Aysel Tugluk zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, weil sie auf einer Podiumsdiskussion ihren Mandanten "Herrn Öcalan" nannte. Die Verwendung der Anrede "Herr" jedoch, befanden die Behörden, bedürfe im Zusammenhang mit Abdullah Öcalan strafrechtlicher Ahndung. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Im jetzigen Verfahren möchte die Staatsan-

waltschaft die Verbreitung von Statements des Mandanten durch seine Rechtsanwälte als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wissen. Jedoch konnte bisher selbst der türkische Justizminister Sami Türk keinen rechtswidrigen Inhalt in den besagten Erklärungen erkennen. Der Prozess gegen die Rechtsvertreter von Abdullah Öcalan fällt zeitlich zusammen mit der aktuell in der türkischen Politik hart geführten Diskussion um die Todesstrafe.

Die vollständige Abschaffung der Todesstrafe ist eine der Grundvoraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Insbesondere die rechtsradikale Nationalistische Bewegungspartei (MHP) aber, eine der drei Parteien der Regierungskoalition, möchte im Gegensatz zu ihren Partnern in der Koalition erst den zum Tode verurteilten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hängen sehen, um danach möglicherweise eine vollständige Abschaffung der Todesstrafe in Betracht zu ziehen.

Dies würde jedoch unweigerlich zu einem Wiederaufflammen des türkisch-kurdischen Krieges führen. Indessen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Beginn der Hauptverhandlung im Fall Abdullah Öcalan für den Herbst 2002 angesetzt. Der jetzige Prozess ist ein klarer Verstoß gegen das Recht auf uneingeschränkte Verteidigung. Eine Verurteilung der Hauptanwälte von Abdullah Öcalan hätte indirekte Auswirkungen auf seine Beschwerdeführung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)